

Staatswissenschaftliche Beratung

im Rahmen teilweise im Zusammenhang mit dem Hauptamt und teilweise als Nebentätigkeit

I. Schriftliche Stellungnahmen für Parlamentsausschüsse im Rahmen von Sachverständigenanhörungen - auch Untersuchungsausschüssen

1. Schriftliche Stellungnahme als Sachverständiger zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes – Drucksache 14/4754“ – Innenausschuss Ausschussdrucksache 14. WP Nr. 473, S. 109–121 (benannt auf Vorschlag der CDU-Fraktion).
2. Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 26 Abs. 1, Antifaschistische Klausel), BT-Drs. 14/5127, für die Anhörung vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 05.06.2002, Protokoll der 131. Sitzung des Rechtsausschusses, S. 50–57 (benannt auf Vorschlag der SPD-Fraktion).
3. Schriftliche Stellungnahme für eine Anhörung am 19.09.2002 vor der EVP – ED-Fraktion des Europäischen Parlaments zum Thema: Genfer Konvention und Konvention von Dublin: Rechtlicher Hintergrund und politische Strategie und die Erfahrungen Deutschlands, 13 S. – Ausschussdokumentation.
4. Schriftliche Stellungnahme für eine Anhörung vor dem sächsischen Landtag am 02.06.2003 zum Thema: Die beamtenrechtliche Fürsorgepflicht und die Flexibilisierung des Beamtenrechts, Protokoll des Verfassungs- und Rechtsausschusses zu Drs. 3/7449 – Antrag der Fraktion der PDS, S. 26–29 (benannt auf Vorschlag der CDU-Fraktion).
5. Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines sächsischen Gesetzes über die Gewährung einer jährlichen Sonderzahlung (Sächsisches Sonderzahlungsgesetz – SächsSZG), Drucksache 3/9111, zur Anhörung am 24.09.2003 vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtags, 12 S. (benannt auf Vorschlag der CDU-Fraktion).
6. Schriftliche Stellungnahme vor der Enquete-Kommission 14/1 „Kommunen“ des Landtages von Rheinland-Pfalz „Konnexitätsprinzip“ vom 27.10.2003, 15 S. (benannt auf Vorschlag der FDP-Fraktion).
7. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 01.03.2004 zum Thema „Öffentlicher Dienst“, Innenausschuss, Ausschussdrucksache A-Drs. 15(4)84 D, 16 S., Protokoll Nr. 15/30 des Innenausschusses des BT – 15. WP, S. 119 ff. (benannt auf Vorschlag der CDU-Fraktion).
8. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung vor dem Ausschuss für Fragen des öffentlichen Dienstes des Bayerischen Landtags am 30.05.2006 zum Thema „Pensionsfonds“; in: Bayerischer Landtag, 15. Wahlperiode, Wortprotokoll, S. 123–135 (Anlage 7).
9. Schriftliche Stellungnahme zur Frage der Einführung von Staatszielbestimmungen zum Schutz von Kultur und Sport vor dem Justizausschuss des Deutschen Bundestages am 29.01.2007, Protokoll Nr. 44 des Rechtsausschusses des BT – 16. WP, S. 21–23, 29 f.
10. Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines Beamtenstatusgesetzes anlässlich der Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages, am 19.03.2007, A Drs. 16(4)171F.

11. Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf eines Dienstrechtsneuordnungsgesetzes anlässlich der Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages, am 07.04.2008, ADRs. 16(4)375 I.
12. Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Staatsregierung für ein Bayerisches Versammlungsgesetz (LT-Drs. 15/10181) anlässlich der Anhörung vor dem Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen am 08.05.2008, Wortprotokoll v. 08.05.2008 – Anlage 6, S. 109–111.
13. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung zu zwei Gesetzentwürfen zu einem sächsischen Gesetz über Versammlungen, sowohl der Staatsregierung (LT-Drs 4/11380) als auch der NPD-Fraktion (LT-Drs. 4/11381) anlässlich der Anhörung vor dem Verfassungs-, Rechts- und Europaausschuss am 02.06.2008.
14. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung zu dem Entwurf eines Gesetzes des Landes Sachsen-Anhalt über Versammlungen und Aufzüge in der Drs. 5/1301 anlässlich der Anhörung vor dem Ausschuss für Inneres am 23.10.2008 in Magdeburg, Niederschrift über die 43. – öffentliche – Sitzung des Ausschusses für Inneres in der Fünften Wahlperiode.
15. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung – Gesetz zur Neuordnung des Beamtenrechts im Land Brandenburg (Brandenburgisches Beamtenrechtsneuordnungsgesetz – BbgBRNG) vor dem Innenausschuss des Landtages am 05.03.2009 (benannt auf Vorschlag der SPD-Fraktion).
16. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung zu dem Gesetzentwurf der Landesregierung des Landes Sachsen-Anhalt zur Neuordnung des Landesbeamtenrechts (Drs. 5/1710) vor dem Innenausschuss des Landtages von Sachsen-Anhalt am 30.03.2009 (benannt auf Vorschlag der Fraktion „Die Linke“).
17. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zur Mitnahmefähigkeit der Versorgungsanwartschaften vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 13.05.2009, ADRs. 16(4)598 E (benannt auf Vorschlag der FDP-Fraktion).
18. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zur Parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 25.05.2009, ADRs. 16(4)614 E (benannt auf Vorschlag der CDU-Fraktion).
19. Schriftliche Stellungnahme zum Entwurf der Änderung des Landesdatenschutzgesetzes – Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU – LT-Drs. 15/5135 des Landes Rheinland Pfalz vor dem Innenausschuss der Landtags Rheinland-Pfalz am 13.01.2011, 6 S. (benannt auf Vorschlag der FDP-Fraktion).
20. Schriftliche Stellungnahme vom 29.04.2011 für die schriftliche Anhörung vor dem Innenausschuss des hessischen Landtages zu dem Gesetzentwurf der Fraktion der SPD für ein Gesetz zur Neuordnung des Datenschutzes und Wahrung der Unabhängigkeit des Datenschutzbeauftragten in Hessen, LT-Drs. 18/375 vom 29.04.2009 sowie dem Änderungsantrag der Fraktionen der CDU, der SPD, der FDP und von Bündnis 90/Die Grünen, LT-Drs. 18/3869 vom 22.03.2011.
21. Schriftliche Stellungnahme vom 02.05.2011 für die schriftliche Anhörung vor dem Innenausschuss des sächsischen Landtages zu dem Gesetzentwurf der CDU-Fraktion und der FDP-Fraktion: „Zweites Gesetz zur Änderung des Sächsischen Datenschutzgesetzes“, LT-Drs. 7/5298 vom 15.04.2011.
22. Schriftliche Stellungnahme vom 12.10.2011 zur öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 17.10.2011 zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, BT-Drs. 17/6925, und zum Antrag der Abgeordneten Wolfgang Wieland u.a., BT-Drs. 17/3687 (benannt auf Vorschlag der CDU Fraktion) (7 S.); vgl. Ausschussdrucksache 17 (4)359 B.

23. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung zum Entwurf des ersten Dienstrechtsänderungsgesetzes zur Verbesserung der Haushaltsfinanzierungen, Gesetzentwurf der Landesregierung, LT-Drs. 16/281 des Landtages Rheinland-Pfalz vor dem Innenausschuss der Landtags Rheinland-Pfalz am 03.11.2011 (benannt auf Vorschlag der FDP-Fraktion); Zuschrift LT Rh-Pf 16/0012.
24. Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzesentwurf der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag zum Gesetz zur rechtlichen und institutionellen Garantie der unabhängigen Ausübung der Datenschutzkontrolle im Freistaat, LT-Drs. 5/7136, im Rahmen der Sachverständigenanhörung des Verfassungs-, Rechts- und Europaausschusses am 08.02.2012 (benannt auf Vorschlag der CDU-Fraktion); (zusammen mit Daniel Mundil).
25. Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus, BT-Drs. 17/8672 zur Anhörung vor dem Innenausschuss am 19.03.2012 (benannt auf Vorschlag der FDP-Fraktion) – Ausschussdrucksache 17(4)460 B.
26. Schriftliche Stellungnahme aufgrund des Beweisbeschlusses S 1 des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages der 17. Wahlperiode vom 09.02.2012 („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“) (Typoskript 92 S.)
27. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung vor dem Verteidigungsausschuss am 07.05.2012 zum Entwurf eines Gesetzes zur Begleitung der Reform der Bundeswehr (Bundeswehrreform-Begleitgesetz – BwRefBegIG) (benannt auf Vorschlag der SPD-Fraktion).
28. Schriftliche Stellungnahme zum Antrag der Fraktion DIE LINKE Drs. 5/7710 „Kürzung der Jahresbesoldung durch Streichung der Jahressonderzahlung (Weihnachtsgeld) für sächsische Beamtinnen und Beamte rückgängig machen“, zusammen mit Daniel Fülling, (benannt auf Vorschlag der CDU-Fraktion).
29. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des brandenburgischen Ministergesetzes – Gesetzentwurf der Landesregierung (LT-Drs. 5/4951) vom 20.08.2012, 6 S.
30. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung des Ausschusses für Kommunalpolitik am 1. Februar 2013 des Landtages Nordrhein-Westfalen zum Entwurf eines Gesetzes zur Stärkung der kommunalen Demokratie der SPD-Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, LT-Drs. 16/1468 und zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Kommunalwahlgesetzes, Gesetzentwurf der Piraten-Fraktion, LT-Drs. 16/120 (benannt auf Vorschlag der SPD-Fraktion) vom 15.01.2013.
31. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung im Innenausschuss des Hessischen Landtages zum Gesetzesentwurf der Fraktionen der CDU und der FDP für ein Zweites Gesetz zur Modernisierung des Dienstrechts in Hessen (Zweites Dienstrechts-Modernisierungsgesetz – 2. DRModG) – Drs. 18/6558, und zum Gesetzentwurf der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen für ein Gesetz zur Gleichstellung von Lebenspartnerschaften im hessischen Landesrecht – Drs. 18/6256 vom 04.02.2013.
32. Schriftliche Stellungnahme zur Vorbereitung der öffentlichen Anhörung des Hauptausschusses und des Innenausschusses des Landtags Nordrhein-Westfalen am 2. Mai 2013 zu der Reform der Ausrichtung des Verfassungsschutzes NRW und der konsequenten Umsetzung des Verfassungsschutzgesetzes NRW (v.a. Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen – Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 16/2148).
33. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung vor dem Ausschuss der Inneren des Landtags Brandenburg am 23. Mai 2013 zur Einführung einer Regelung einer zeitlichen Obergrenze zum Vorteilsausgleich im Bdg KAG vom 21.05.2013.

34. Schriftliche Stellungnahme vom 24.02.2014 für den Innen- und Rechtsausschuss des Landtages Schleswig-Holstein zum Thema Kirchenstaatsverträge evaluieren – Auftrag des Grundgesetzes erfüllen, Antrag der FDP-Fraktion (LT-Drs. 18/1258);
35. Schriftliche Stellungnahme vom 18.08.2014 zur öffentlichen Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am Montag, den 22. September 2014 zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Antiterrordateigesetzes und anderer Gesetze, BT-Drs. 18/1565
36. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung vor dem Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landtages des Landes Niedersachsen zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes im Lande Niedersachsen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 17/2161, am 29. Januar 2015 vom 23.01.2015.
37. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung zum Entwurf eines Gesetzes zur Angleichung der Regelaltersgrenze von Ministern an Beamte, Gesetzentwurf der Fraktion der PIRATEN – Drucksache 18/2621, vor dem Innenausschuss des Landtages des Landes Schleswig-Holstein im März 2015 vom 12.03.2015.
38. Schriftliche Stellungnahme zu den Fragen des Ausschusses für Migration, Justiz- und Verbraucherschutz für die Sachverständigenanhörung am 20.03.2015 im Thüringer Landtag Bezug: Antrag der CDU-Fraktion auf Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses: „Mögliches Fehlverhalten des thüringischen Landesbeauftragten für den Datenschutz und die Informationsfreiheit als Aufsichtsbehörde im Zusammenhang mit dem Auffinden, der Sicherung, dem Sichten sowie der Räumung der in einem Aktenlager in Immelborn im Juli 2013 aufgefundenen Unterlagen „LT-Drs 6/206“ vom 12.03.2015.
39. Schriftliche Stellungnahme zur öffentlichen Anhörung vor dem Verfassungs- und Rechtsausschuss am 20. Mai 2015 des Sächsischen Landtags zu Drucksache 6/773 „Versammlungsfreiheit schützen – Gründe für das Demonstrationsverbot am 19. Januar 2015 in Dresden und Terrorgefahr für Sachsen vollständig offenlegen“ (Antrag der Fraktion GRÜNE) und Drucksache 6/774 „Hohes Verfassungsgut der Versammlungsfreiheit nicht leichtfertig preisgeben – Umstände und politische Verantwortung des flächendeckenden Versammlungsverbots für die Landeshauptstadt Dresden rückhaltlos aufklären!“ (Antrag der Fraktion DIE LINKE), bezogen auf die Allgemeinverfügung mit der Januar 2015 eine Pegida Versammlung verboten wurde.
40. Schriftliche Stellungnahme für die Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am Montag, den 08.06.2015, in Berlin zum (a) Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Zusammenarbeit im Bereich des Verfassungsschutzes, BT-Drucksache 18/4654, (b) Unterrichtung durch die Bundesregierung: Bericht der Bundesregierung über den Umsetzungsstand der Empfehlungen des 2. Untersuchungsausschusses des Deutschen Bundestages in der 17. Wahlperiode (NSU-Untersuchungsausschuss), BT-Drucksache 18/710 und (c) Antrag der Abgeordneten Petra Pau, Jan Korte, Dr. André Hahn, weiterer Abgeordneter und der Fraktion DIE LINKE: Wirksame Alternativen zum nachrichtendienstlich arbeitenden Verfassungsschutz schaffen, BT-Drucksache 18/4682 vom 04.06.2015
41. Schriftliche Stellungnahme zur Anhörung des Verfassungs- und Rechtsausschusses des sächsischen Landtages am 02.09.2015, 10.00 Uhr–13.00 zum Beschlussantrag der Fraktion: Die Linke: Überprüfung der amtsangemessenen Besoldungen der Richterinnen und Richter, Staatsanwältinnen und Staatsanwälte im Freistaat Sachsen nach den Maßstäben des Urteils des Bundesverfassungsgerichts vom 05.05.2015 („LT-Drs 6/1691“) vom 27.08.2014.
42. Schriftliche Stellungnahme vom 31.05.2016 für die Anhörung vor dem Hauptausschuss des Landtages Nordrhein-Westfalen zum Gesetzentwurf der Landesregierung LT-Drs. 16/11153: „Gesetz zur Änderung des Landesministergesetzes und weiterer Gesetze“ am 02. 06.2013

43. Schriftliche Stellungnahme vom 31.05.2016 im Rahmen der schriftlichen Anhörung des Innen- und Rechtsausschusses des Schleswig-Holsteinischen Landtages zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, Landtagsdrucksache 18/4107, Stand 17.05.2016.
44. Schriftliche Stellungnahme aufgrund des Beweisbeschlusses des Untersuchungsausschusses 6/1 des Landtages Brandenburg vom 12.07.2016: „Sicherheitsarchitektur des Landes Brandenburg von 1990 bis heute“, zur Vorbereitung der Anhörung am 09.09.2016.
45. Schriftliche Stellungnahme Anhörung am 26.09.2016 vor dem Innenausschuss u.a. zur Reform der parlamentarischen Kontrolle und der Regelung zur Ausland-Fernmeldeaufklärung des BND (BT-Drs. 18/9040 und 9041) vom 22.09.2016.
46. „Rechtliche und tatsächliche Struktur des V-Mann-Wesens in Brandenburg von 1990 bis heute“ Schriftliche Stellungnahme vom 12.10. 2016 aufgrund des Beweisbeschlusses des Untersuchungsausschusses 6 / 2 des Landtages Brandenburg vom 12.07.2016, 20 S.
47. Schriftliche Stellungnahme zum Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU – DSAnpUG-EU) – BT-Drs. Drucksache 18/11325, vom 23.03.2017.

II. Schriftliche Stellungnahmen für Arbeitsgruppen

1. Schriftliche Stellungnahme vom 24.06.2003 vor der CDU-Fraktion, AG „Inneres“, zu Entwürfen zur Änderung des AuslG zwecks Einführung einer Härteklausel, Arbeitsgruppenelemente, 6 S. Typoskript.
2. Schriftliche Stellungnahme zu dem Entwurf einer bi- oder multilateralen Sicherheitskooperation mit Frankreich vor der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages.
3. Schriftliche Bewertung von Vorschlägen zur Änderung des Art. 91a GG für die Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion, am 30.06.2011, 18:00 Uhr, in Berlin.

III. Mündliche Stellungnahmen vor parlamentarischen Gremien

1. Stellungnahme zum „Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Versammlungsgesetzes – Drucksache 14/4754“ in der Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages, am 16.05.2001.
2. Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Grundgesetzes (Art. 26 Abs. 1, Antifaschistische Klausel, BT-Drs. 14/5127) in der Anhörung vor dem Rechtsausschuss des Deutschen Bundestages am 05.06.2002.
3. Stellungnahme zu einer Anhörung am 19.09.2002 vor der EVP – ED-Fraktion des Europäischen Parlaments zum Thema: Genfer Konvention und Konvention von Dublin: Rechtlicher Hintergrund und politische Strategie und die Erfahrungen Deutschlands.
4. Die beamtenrechtliche Fürsorgepflicht und die Flexibilisierung des Beamtenrechts; Anhörung vor dem Sächsischen Landtag am 02.06.2003.
5. Stellungnahme vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtags in der Anhörung am 24.09.2003 zur Ersetzung der jährlichen Sonderzuwendung und des Urlaubsgeldes durch eine jährliche Sonderzahlung (Sächsisches Sonderzahlungsgesetz – SächsSZG – Drucksache 3/9111), Stenografisches Protokoll, Apr. 3/3-57, S. 22-25 u. 31 f.

6. Stellungnahme zum Thema „Öffentlicher Dienst“ vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 01.03.2004, vgl. Protokoll Nr. 15/30 des Innenausschuss des BT – 15. WP, S. 33 ff., 51 f., 58 f., 92 f.
7. Stellungnahme zur Frage der Einführung eines Pensionsfonds im Freistaat Bayern, Anhörung des Ausschusses für Fragen des öffentlichen Dienstes am 30.05.2006 in München.
8. Stellungnahme zur Frage der Einführung von Staatszielbestimmungen zum Schutz von Kultur und Sport vor dem Justizausschuss des Deutschen Bundestages am 29.01.2007 – Protokoll Nr. 44 des Rechtsausschusses des BT – 16. WP, S. 21-23, 29 f.
9. Stellungnahme zum Entwurf eines Beamtenstatusgesetzes vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 19.03.2007 – A Drs. 16(4)171F.
10. Stellungnahme zum Entwurf eines Dienstrechtsneuordnungsgesetzes vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 07.04.2008 – Protokoll Nr. 16/64.
11. Stellungnahme zum Entwurf eines Sächsischen Versammlungsgesetzes vor dem Ausschuss für Verfassungsfragen des Sächsischen Landtags am 29.05.2008.
12. Stellungnahme zum Entwurf eines Versammlungsgesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vor dem Ausschuss für Inneres des Landtags Sachsen-Anhalt am 23.10.2008.
13. Stellungnahme zum Entwurf eines Beamtengesetzes des Landes Brandenburg vor dem Ausschuss für Inneres des Landtags Brandenburg am 05.03.2009.
14. Stellungnahme zum Entwurf eines Beamtengesetzes des Landes Sachsen-Anhalt vor dem Ausschuss für Inneres des Landtags Sachsen-Anhalt am 30.03.2009; vgl. Niederschrift über die 51. Sitzung des Ausschusses für Inneres am 30. März 2009, S. 25-31.
15. Stellungnahme zum Bericht der Bundesregierung zur Mitnahmefähigkeit der Versorgungsanwartschaften, BT-Drs. 16/12036, im Rahmen der öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuss des Bundestages am 13.05.2009.
16. Stellungnahme für die öffentliche Anhörung zur parlamentarischen Kontrolle der Nachrichtendienste am 25.05.2009 vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages.
17. Die Mitnahmefähigkeit der Versorgung, Anhörung vom Arbeitskreis der Regierungsfractionen des Innenausschusses des Deutschen Bundestags am 11.11.2010.
18. Stellungnahme zum Entwurf der Änderung des Landesdatenschutzgesetzes – Gesetzentwurf der Fraktionen der SPD und CDU – LT-Drs. 15/5135 des Landes Rheinland-Pfalz vor dem Innenausschuss der Landtags Rheinland-Pfalz am 13.01.2011.
19. Anhörung vor der Arbeitsgruppe Sicherheit, FDP-Bundestagsfraktion vom 18.01.2011 "Verfassungsrechtliche Grenzen einer bi- oder multilateralen Sicherheitskooperation".
20. Anhörung in der öffentlichen Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am 17.10.2011 zum Gesetzentwurf der Bundesregierung, Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetzes, BT-Drs 17/6925, und zum Antrag der Abgeordneten Wolfgang Wieland u.a., BT-Drs 17/3687; vgl. Wortprotokoll der 52. Sitzung am 17.10.2011 des Innenausschusses der 17. Wahlperiode, Protokoll Nr. 17/52, S. 19 ff., 24 f., 30, 32, 37.
21. Anhörung zum Gesetzentwurf der Bundesregierung: Entwurf eines Gesetzes zur Verbesserung der Bekämpfung des Rechtsextremismus – BT-Drs. 17/8672 vor dem Innenausschuss am 19.03.2012 (benannt auf Vorschlag der FDP-Fraktion) – Ausschussdrucksache 17(4)460 B.

22. Anhörung zur Sicherheitsarchitektur in Deutschland vor dem 2. Untersuchungsausschuss des Deutschen Bundestages der 17. Wahlperiode vom 29.03.2012 („Terrorgruppe nationalsozialistischer Untergrund“) im Deutschen Bundestag.
23. Anhörung im Rahmen der Anhörung vor dem Verteidigungsausschuss am 07.05.2012 zum Entwurf eines Gesetzes zur Begleitung der Reform der Bundeswehr (Bundeswehrreform-Begleitgesetz – BwRefBegIG)
24. Anhörung zur Sicherheitsarchitektur in Sachsen vor dem 5. Untersuchungsausschuss des Sächsischen Landtages am 02.07.2012 in Dresden.
25. Anhörung zum Zweiten Gesetz zur Änderung des brandenburgischen Ministergesetzes – Gesetzentwurf der Landesregierung (LT-Drs. 5/4951) am 22.08.2012 vor dem Fachausschuss.
26. Anhörung zur Reform der Versorgung der Senatoren vor dem Fachausschuss der Bürgerschaft Hamburg am 24.08.2012.
27. Anhörung zum Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Nordrhein-Westfalen – Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 16/2148 – vor dem Hauptausschuss und Innenausschuss des Landtags Nordrhein-Westfalen am 02.05.2013 in Düsseldorf.
28. Anhörung vor dem Ausschuss der Inneren des Landtags Brandenburg am 23. Mai 2013 zur Einführung einer Regelung einer zeitlichen Obergrenze zum Vorteilsausgleich im Bdg KAG.
29. Anhörung zum Gesetzentwurf der Staatsregierung Gesetz zur Neuordnung des Dienst-, Besoldungs- und Versorgungsrechts im Freistaat Sachsen (Sächsisches Dienstrechtsneuordnungsgesetz) – Drs. 5 / 12230 am 04.09.2013 im Haushalt- und Finanzausschusses des Landtag des Freistaats Sachsen am 04.09.2013
30. Anhörung zu den Widerspruchsbescheiden hinsichtlich der Anträge auf alterdiskriminierungsfreie Besoldung – LT-Drs. 5/13608 vor dem Haushalts- und Finanzausschuss des Sächsischen Landtags am 26.03.2014 in Dresden.
31. Anhörung des Innenausschusses des Deutschen Bundestages am Montag, den 22.09.2014 zur Änderung des ATDG (BT-Drs. 18/1565).
32. Anhörung vor dem Ausschuss für Angelegenheiten des Verfassungsschutzes des Landtages des Landes Niedersachsen zum Entwurf eines Gesetzes zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes im Lande Niedersachsen, Gesetzentwurf der Landesregierung, Drs. 17/2161, am 29. Januar 2015 in Hannover.
33. Anhörung vor dem Ausschusses für Migration, Justiz- und Verbraucherschutz am 20.03.2015 im Thüringer Landtag zu der Frage der Zulässigkeit der Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zwecke Aufklärung des Verhaltens des Datenschutzbeauftragten – LT-Drs 6/206.
34. Anhörung vor dem Verfassungs- und Rechtsausschuss am 20. Mai 2015 des Sächsischen Landtags zum Versammlungsverbot 18.01.2015 – Drucksache 6/773 und 6/774.
35. Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am Montag, den 08.06.2015, 14.00 – 16.00 Uhr in Berlin, zur Änderung des Bundesverfassungsschutzgesetz, insbesondere BT-Drucksache 18/4654.
36. Anhörung vor dem Verfassungs- und Rechtsausschusses des sächsischen Landtages am 02.09.2015, 10.00 Uhr-13.00 zum Kontrolle der Verfassungsmäßigkeit der Richterbesoldung („LT-Drs 6/1691“) in Dresden.
37. Anhörung vor dem 1. Untersuchungsausschuss der 6. Legislaturperiode des Landtages Brandenburg zur Untersuchung der Gewalttaten des sog. NSU-Trios am 09.09.2016 als Sachverständiger in Potsdam zum Thema: Sicherheitsarchitektur in Brandenburg.

38. Anhörung am 26.09.2016 vor dem Innenausschuss u.a. zur Reform der parlamentarischen Kontrolle und der Regelung zur Ausland-Fernmeldeaufklärung des BND (BT-Drs. 18/9040 und 9041).
39. Anhörung vor dem 1. Untersuchungsausschuss der 6. Legislaturperiode des Landtages Brandenburg zur Untersuchung der Gewalttaten des sog. NSU-Trios am 14.10.2016 zum Thema „Rechtliche und tatsächliche Struktur des V-Mann-Wesens in Brandenburg von 1990 bis heute“.
40. Anhörung vor dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages am Montag, den 27. März 2017 zu dem Gesetzentwurf der Bundesregierung Entwurf eines Gesetzes zur Anpassung des Datenschutzrechts an die Verordnung (EU) 2016/679 und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) 2016/680 (Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU – DSAnpUG-EU) – BT-Drs. Drucksache 18/11325.

IV. Mündliche Stellungnahmen vor anderen staatlichen Stellen

1. Stellungnahme zum Entwurf eines Bayerischen Versammlungsgesetzes, März 2007 vor dem Bayerischen Innenministerium.
2. Stellungnahme vom 24.06.2003 vor der CDU-Fraktion, AG „Inneres“, zu Entwürfen zur Änderung des AusIG zwecks Einführung einer Härteklausele, Arbeitsgruppeneokumentation, 6 S. Typoskript.
3. Schriftliche Stellungnahme zu dem Entwurf einer bi- oder multilateralen Sicherheitskooperation mit Frankreich vor der FDP-Fraktion des Deutschen Bundestages.
4. Verlängerung der Informationserhebungsrechte gem. § 8a BVerfGG – „Kleeblattgespräch“ zwischen BMI und BMJ am 13.04.2011.
5. Einschätzung der verfassungsrechtlichen Grenzen der Wissenschaftsfinanzierung vor der Arbeitsgruppe Bildung und Forschung der CDU/CSU-Fraktion am 30.06.2011, 18:00 Uhr, in Berlin.
6. Entwicklungsfelder in der Sicherheitsarchitektur, FDP – Bundesfachausschuss Innen und Recht, Frühjahrssitzung am 03.03.2012 in Berlin.
7. Handlungspflichten und Handlungsoptionen nach dem Urteil des BVerfG zur Hochschullehrerbesoldung (BVerfG, Ut. v. 14.02.2012, 2 BvL 4/10); Vortrag vor dem Arbeitskreis für Besoldungsfragen, Unterarbeitskreis der Finanzminister, am 04.05.2012 in Hamburg.
8. Handlungsspielräume des Bundes bei der Umsetzung der europäischen Datenschutzreform, am 10.09.2015 im Bundesministerium des Innern, Berlin.
9. Expertengespräch über den Entwurf des Bayerischen Landesdatenschutzgesetzes im Staatsministerium des Innern am 22.09.2017:

V. Mitwirkung an gesetzlich vorgeschriebenen Gesetzesevaluationen als externer Sachverständiger

1. Mitwirkung an der Evaluation des § 8a BVerfGG gem. Art. 11 Terrorismusbekämpfungsergänzungsgesetz vom 05.01.2007 (BGBl I, 2 ff.), Gutachten vom 14.04.2011, Typoskript 107 S., lag dem Innenausschuss des Deutschen Bundestages vor als BT-Ausschussdrucksache 17 (4) 245.
2. Beteiligung als externer Sachverständiger bei der Evaluation der Befugnisse für Auskunftseinholung bei Banken, zur Einholung von Telekommunikationsüberwachung und zur Observation mittels GPS gem. § 5 Abs. 2 Nr. 2, § 5a Abs. 1 und § 5a Abs. 2 VSG NRW gem. § 27 VerfSG NRW, Evaluationsbericht vom August 2011, 95 S., veröffentlicht als Landtagsdrucksache NRW (LT-Drs. 15/914).

3. Beteiligung als externer Sachverständiger bei der Evaluation der Befugnisse für Auskunftseinholung bei Banken, zur Einholung von Telekommunikationsüberwachung und zur geschlossenen Forenüberwachung gem. § 5 Abs. 2 Nr. 11, 13 u. 14 VSG NRW, Evaluationsbericht wird voraussichtlich September 2017 dem Parlament vorgelegt.

1.

VI. Externe Begutachtung (i.d.R. der Rechtmäßigkeit) des Verwaltungshandelns im Auftrag der betroffenen öffentlichen Stellen

1. Gutachten über die Reichweite der Amtsermittlungspflichten des Dienstherrn bei der Versetzung in den Ruhestand wegen Dienstunfähigkeit; Gutachten vom 31.05.2010, 66 S., erstellt im Auftrag der OFG Frankfurt a.M.
2. Der Bürgerentscheid der Gemeinde Garmisch am 8. Mai 2011 war auf die Frage gerichtet, ob eine Überprüfung der Rechtsverbindlichkeit der von der Gemeinde im Zusammenhang mit der Bewerbung um die Olympischen Winterspiele abgegebenen Garantien gewünscht sei, um auf diese Weise sich aus der Bewerbung zurückzuziehen. Die Frage wurde mit 49,5 % zu 51,5 % abgelehnt.
3. Gutachten über die Reichweite der Anrechnung von Einkünften auf die Abgeordnetenvergütung, Rechtsgutachten vom 31.07.2011 für eine Landtagsverwaltung.
4. Reichweite des Akteneinsichtsrechts eines Juniorprofessors im Rahmen der Prüfung seiner Bewährung, Dienstgutachten für die Universität Bayreuth, 02.07.2014, Typoskript 9 S.
5. Stellungnahme zum Entwurf für eine IT-Sicherheitsrichtlinie der Universität Bayreuth mit Stand vom 27.06.2014, Dienstgutachten für die Universität Bayreuth, gemeinsam mit Bastian Stemmer, 01.07.2014, Typoskript 9 S.

VII. Vorbereitende Mitwirkung von Gesetzentwürfen als externer Sachverständiger

1. Beratung und gutachterliche Begleitung für eine Neuformulierung des § 31 Abs. 4 SGB II, Herbst 2003, Gutachten Typoskript 31 S., im Auftrag der Bundestagsfraktion Bündnis 90/ Die Grünen.
2. Spielraum der Kirche im Besoldungsbereich der Kirchenbeamten, im Auftrag einer Landeskirche 2004, zusammen mit Stefan Koriath, Typoskript 71 S.
3. Beratung und gutachterliche Begleitung der Reform des PKGrG auf Seiten der CDU-Fraktion im Jahr 2009, Gutachten Typoskript 97 S.
4. Beratung und gutachterliche Begleitung der Aufnahme einer Offenlegungspflicht der Parteien bei der Beteiligung an Presseunternehmen des PresseG NRW, Frühjahr 2010, der CDU-Fraktion NRW, Gutachten Typoskript 57 S.
5. Grenzen finaler Amtszeitverkürzungen, Rechtsgutachten für das Ministerium für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, 03.10.2012, Typoskript 72 S.
6. Reform der Ministerversorgung. Gutachten im Auftrag des Ministeriums für Inneres und Kommunales des Landes Nordrhein-Westfalen, 19.10.2013, Typoskript 155 S.
7. Gutachten zur Ausgestaltung der Wiederaufnahme der Ausbildung für den gehobenen allgemeinen Verwaltungsdienst im Land Brandenburg, 04.11.2014, Typoskript 33 S.

VIII. Mitgliedschaft in einer Regierungskommission

Mitglied der Regierungskommission zur Überarbeitung der Sicherheitsgesetze, eingesetzt aufgrund, Arbeitsspanne von Januar 2013 bis August 2013, gemeinsam

mit Prof. Dr. Bäcker, Prof. Dr. Harms, Dr. Hirsch, MD Dr. Giesler und MD Kaller,
– Abschlussbericht: Bericht der Regierungskommission zur Überprüfung der
Sicherheitsgesetzgebung in Deutschland vom 28.08.2013, 307 S. download unter:
http://www.bmj.de/SharedDocs/Downloads/DE/pdfs/Bericht_RegKom_Sicherheitsgesetzgebung.pdf?__blob=publicationFile (letzter Zugriff 28.08.2013).

IX. Verfahrensvertretungen für die öffentliche Hand

1. Verfassungsbeschwerde für die FDP gegen die Vorratsdatenspeicherung, noch anhängig.
2. Vertretung des Landes Brandenburg im konkreten Normenkontrollverfahren zur Frage der Zulässigkeit des Beamtenrechtsverhältnisses auf Zeit beim Kanzler einer Hochschule.
3. BVerfG, 2 BvE 1/11, Organstreitverfahren zwischen Mitgliedern der Fraktion im Deutschen Bundestag DIE LINKE und dem Vermittlungsausschuss, Vertretung des Vermittlungsausschusses, Urteil 22.09.2015
4. BVerfG, 1 BvR 1215/07, Antiterrordatei, Vertretung der Bundesregierung, Ut. v. 28.04.2013, BVerfGE 133, 277 ff.
5. BVerfG, 2 BvL 17/09, 2 BvL 18/09, Konkrete Richtervorlagen des OVG Münster wegen Verfassungswidrigkeit der Richterbesoldung im Jahr 2003 in NRW, Vertretung des Landes NRW, Urteil vom 05.05.2015, NVwZ 2015, 1047 sowie BVerfG, 2 BvL 19/09, 2 BvL 20/09 Konkrete Richtervorlagen des OVG Münster wegen Verfassungswidrigkeit Beamtenbesoldung im Jahr 2003 in NRW, Vertretung des Landes NRW, Beschluss vom 17.11.2015.
6. BVerfG, 2 BvE 5/07, Beschluss vom 04.05.2010, Organstreitverfahren, Heiligendamm, Vertretung der Bundesregierung; BVerfGE 126, 55 ff.
7. Verfassungsgerichtshof NRW, VerfGH 19/08, Urteil vom 23.03.2010, Kommunalreform NRW in der Versorgungsverwaltung, sowie VerfGH 21/08, Urteil vom 23.03.2010, Kommunalreform NRW in der Umweltverwaltung, Kommunalverfassungsbeschwerden von über 20 Kommunen, Vertretung der Landesregierung zusammen mit Wolfgang Durner, NVwZ-RR 2010, 705 ff.
8. Verfassungsgerichtshof des Freistaats Sachsen, Vf 74-II-10, Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen das Versammlungsgesetz des Freistaats Sachsen, Vertretung der Staatsregierung, Urteil vom 19.04.2011, Az: Vf. 74-II-10, NVwZ 2011, 936 ff.
9. Verfassungsgerichtshof NRW, VerfGH 2/09, Urteil vom 26.05.2009, Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen die Abschaffung der Stichwahl des Bürgermeisters, Vertretung des Landtags zusammen mit Ulrich Battis.
10. Verfassungsgerichtshof NRW, VerfGH 1/08, Abstraktes Normenkontrollverfahren gegen das Verfassungsschutzgesetz NRW, Vertretung der Landesregierung, Antrag wurde nach Abgabe der Stellungnahme zurückgenommen.
11. BVerwG, Zwei Verfahren gegen die strategische Fernmeldebeschränkung gem. § 5 G 10, bezogen auf die Jahre 2012, Verfahren laufen teilweise noch, Vertretung des Bundes.
12. BVerwG, Urteil vom 23.01.2008, Az. 6 A 1/07, Klage gegen Telekommunikations-Beschränkung gem. G 10, Vertretung der Bundesregierung [BMI], BVerwGE 130, 180 ff.
13. BVerwG, Urteil vom 20.05.2009, Az. 6 A 4/08, Klage gegen Telekommunikations-Beschränkung gem. G 10, Vertretung der Bundesregierung [BMI], juris.

14. BVerwG, Beschl. v. 22.01.2009, 20 F 5/08, Zwischenverfahren nach § 99 VwGO, Vertretung der Bundesregierung [BMI], Buchholz 310 § 99 VwGO Nr. 53.
15. OVG NRW, Beschl. v. 01.02.2008, Az. 20 B 1889/07 – Einstweiliges Rechtsschutzverfahren auf Unterlassen des Abschusses von entführten Flugzeugen durch die Streitkräfte, Vertretung der Bundesregierung [BMVg] (mit vorausgehendem Verfahren vor dem VG sowie einem vergleichbaren Parallelverfahren), NWVBl 2008, 35 ff.
16. VG Frankfurt (Oder), Beschl. vom 26.09.2008, einstweiliges Rechtsschutzverfahren der Juristischen Fakultät gegen den Präsidenten wegen Abweichung von der Reihenfolge einer Berufungsliste, Vertretung der Fakultät, FuL 2009, 440.
17. Zahlreiche Verfahren gegen die Mitteilung einer erfolgten Überwachung nach G 10 vor den Verwaltungsgerichten Berlin und Köln sowie dem OVG Berlin-Brandenburg, Vertretung der Bundesregierung [BMI und BfV], Verfahren laufen überwiegend noch.
18. Zahlreiche Verfahren gegen die Neuberechnung der Hochschullehrerbesoldung, Vertretung des Landes Hessen (Verfahren laufen noch).

Stand September 2017